

klagen unwidersprochen dargelegt worden, daß in derselben Nacht, in der es das einzige Mal zum Geschlechtsverkehr mit der Kindesmutter gekommen sei, ein anderer Mann Einlaß in ihre Wohnung begehrt hätte. Erwähnt sei schließlich noch folgender Fall: Nach dem Geburtstermin hätte das voll ausgetragene Kind vor dem angegebenen Zeitpunkt des Geschlechtsverkehrs zwischen den Parteien gezeugt worden sein müssen, wenn es vom Verklagten abstammen würde. Die Mutter des Kindes behauptete zwar, daß sie auch schon vor diesem Zeitpunkt mit dem Verklagten Geschlechtsverkehr gehabt habe, jedoch lagen weder nähere, den Zeitpunkt, den Ort und die Umstände betreffende Hinweise der Klägerin noch eine Gegenerklärung des Verklagten hierzu vor.

Sind solche oder ähnliche Umstände gegeben, muß das Gericht diese eingehend mit den Parteien erörtern und — sofern auf diesem Wege keine Klarheit erreicht werden kann — entsprechende Beweise erheben. Mitunter kann es durch die Beiziehung von Akten, Schriftstücken usw. Aufschluß über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit von Parteibehauptungen erlangen oder Hinweise erhalten, die die weitere Sachaufklärung erleichtern. Davon wird jedoch in den notwendigen Fällen nicht immer Gebrauch gemacht, oder es werden zwar die Akten angefordert, ihr Inhalt aber nicht in die Beweisaufnahme einbezogen. Dadurch begeben sich manche Gerichte wichtiger Möglichkeiten zur ausreichenden Sachaufklärung. Dafür ein Beispiel:

Der Verklagte erkannte die Vaterschaft im ersten Termin sofort an. Im Protokoll findet sich hierzu lediglich der Satz: „Während der gesetzlichen Empfängniszeit habe ich mit der Klägerin geschlechtliche Beziehungen unterhalten.“ Unmittelbar nach diesem Termin, in dem eine dem Klageantrag entsprechende Entscheidung ergangen war, widerrief der Verklagte sein Anerkenntnis. Er führte aus, daß die Kindesmutter während der gesetzlichen Empfängniszeit auch mit anderen Männern geschlechtliche Beziehungen unterhalten habe und ein anderer Mann der Erzeuger des Kindes sei. Dazu hatten die Parteien bereits vor dem Referat Jugendhilfe Stellung genommen, wobei die Mutter des Kindes nicht in Abrede stellte, daß sie auch noch mit anderen Männern intime Beziehungen unterhalten hat. Die entsprechenden Niederschriften hatte das Gericht aber nicht beigezogen.

Zur Beweiserhebung in Vaterschaftsanfechtungsverfahren

In Vaterschaftsanfechtungsverfahren werden in der Regel die Sach- und Rechtslage ausreichend erörtert und die notwendigen Beweise erhoben, wenn die Parteien voneinander abweichende Anträge stellen und den Sachverhalt unterschiedlich darstellen. Wird indessen von beiden Parteien übereinstimmend beantragt festzustellen, daß der Ehemann nicht der Vater des Kindes ist, unterbleibt manchmal die erforderliche Sachaufklärung. Das geschieht vor allem dann, wenn die Ehegatten übereinstimmend erklären, daß sie in der Empfängniszeit keine geschlechtlichen Beziehungen miteinander gehabt haben.

Das Gericht darf sich jedoch auch in diesen Fällen nicht auf die Entgegennahme von Parteierklärungen beschränken. Es muß besonders dann, wenn die Darlegungen der Parteien sehr allgemein gehalten sind und nicht erkennen lassen, weshalb es zwischen ihnen in der Empfängniszeit zu keinen intimen Beziehungen gekommen ist — nicht selten wohnten oder lebten die Ehegatten noch zusammen —, die Parteien auffordern, ihre Darlegungen zu präzisieren und konkret mitzuteilen, welche Umstände für die Richtigkeit ihrer Behauptung

sprechen. Erst danach und u. U. auch erst nach eingehender Erörterung dieser Umstände kann das Gericht beurteilen, ob die Sache zur Entscheidung reif oder aber es geboten ist, Beweis zu erheben. In diesen Fällen ist es in der Regel notwendig, den Mann als Zeugen zu vernehmen, mit dem die Mutter des Kindes während der Empfängniszeit Geschlechtsverkehr gehabt haben will. Seinen Aussagen kommt vor allem dann besondere Bedeutung zu, wenn aus ihnen mit Sicherheit entnommen werden kann, daß die Mutter während der Empfängniszeit mit ihm und nicht mehr mit ihrem Ehemann zusammengelebt hat.

Liegen Feststellungen, denen zufolge geschlechtliche Beziehungen zwischen den Ehegatten ohne weiteres als ausgeschlossen betrachtet werden können, zunächst nicht vor, so ist zu prüfen, welche weiteren Möglichkeiten für eine hinreichende Sachverhaltsaufklärung gegeben sind. Deuten Umstände darauf hin, daß der Ehemann der Mutter des Kindes unmöglich innerhalb der Empfängniszeit beigewohnt haben kann, ist vor allem in dieser Hinsicht der Sachverhalt sorgfältig aufzuklären. So ist es angebracht, z. B. über den Zeitraum einer Inhaftierung des Ehemannes eine Auskunft einzuholen. Das gleiche sollte bei Ableistung des Grundwehrdienstes durch den Ehemann während der gesetzlichen Empfängniszeit des Kindes geschehen, wobei sich hier die Auskunft auch darauf erstrecken sollte, welche Möglichkeiten zur Zusammenkunft der Ehegatten während dieser Zeit bestanden. Ebenso ist es geboten, die zuständige Dienststelle der Volkspolizei um Auskunft zu ersuchen, wenn beide Parteien übereinstimmend behaupten, daß der Ehemann innerhalb der Empfängniszeit aus der Ehwohnung ausgezogen sei.

Der Nachweis, daß die Ehegatten keinen Verkehr in der Empfängniszeit hatten, läßt sich manchmal auch anhand der Akten eines vorangegangenen Ehescheidungs- oder anderen gerichtlichen Verfahrens führen, so daß es genügen kann, diese zum Gegenstand der Beweisaufnahme zu machen. Lediglich die Parteien anzuhören oder zu vernehmen, reicht in diesen Fällen in der Regel nicht aus. Können durch Zeugenaussagen, Einholung von Auskünften oder Beiziehung von Verfahrensakten vorhandene Zweifel daran, daß kein ehelicher Verkehr in der Empfängniszeit stattgefunden hat, nicht beseitigt werden, ist nach Abschn. B I Ziff. 2 der OG-Richtlinie Nr. 23 zur Feststellung und Anfechtung der Vaterschaft ggf. ein Blutgruppengutachten oder ein anderes naturwissenschaftlich-medizinisches Gutachten beizuziehen.

Verfahrensverzögerungen vermeiden

Die Gerichte beachten bei der oftmals recht komplizierten Sachaufklärung im allgemeinen die Forderung, die Grundlagen für ein richtiges Prazeßergebnis in einem rationalen und effektiven Verfahren zu erreichen. Allerdings ist das noch nicht immer und überall der Fall.

Die Ursachen für Verfahrensverzögerungen sind recht unterschiedlich. Sie beruhen z. T. auf Mängeln in der Terminvorbereitung. So werden manchmal die Akten nicht sofort nach Einreichung oder Aufnahme der Klageschrift dem Richter vorgelegt, so daß es aus diesen oder anderen Gründen zur Verzögerung bei Terminansetzungen kommt. Mitunter werden auch Schriftstücke verspätet ausgefertigt und Ladungen, Klageschriften usw. verspätet zugestellt.

Die Verhandlungen finden in der Regel kurze Zeit nach der Terminverfügung statt. Das ist richtig. Allerdings ist darauf zu achten, daß die Ladungs- und Einlassungsfristen unbedingt gewahrt werden und zum Termin die notwendigen Beweismittel zur Verfügung stehen, um unnötige Vertagungen zu vermeiden.